

NewsMark

WIRTSCHAFT VERSTEHEN. A GESTALTEN.

Wolfgang Ischinger:
**Meister der
Diplomatie**

Corona-Rückforderungen
destabilisieren Mittelstand

**Trau Dich Berlin: Wirtschaft
fordert Expo und Olympia**

Digitale Souveränität in der EU

randu

KÜCHEN. INTERIOR. DESIGN.

*Die Küche ist das Herz jedes Zuhauses.
Hier entstehen nicht nur Mahlzeiten,
sondern Erinnerungen und
Verbindungen.*

Ort des
küchen
studio
dialog

Showroom: Uhlandstr. 118 - 10717 Berlin - Wilmersdorf
randu-kuechen.de - Instagram: randu.kuechen

Liebe Leserinnen, Lieber Leser,

Berlin ist die Stadt, in der alles möglich ist. Insofern freuen wir uns, es wieder möglich gemacht zu haben, Ihnen eine weitere gedruckte Ausgabe Ihres NewsMark-Magazins in die Hände zu reichen. Print im Jahr 2026? In Deutschland, dem Land, in dem der Buchdruck erfunden wurde, ist das immer noch ein Thema. Daher ein dickes „Respekt“ an die Kolleginnen und Kollegen der Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung: eine neue Zeitung mit neuen Perspektiven für einen Markt, der als rückläufig gilt. Wir unterstützen dieses Wagnis.

Im April war Reza Pahlavi in Berlin – damals Hoffnungsträger für die unterdrückte Bevölkerung im Iran. Hoffnung auf einen Regimewechsel. Donald Trump bombte diese Hoffnung kurze Zeit später in eine globale Krise und weit weg von der Agenda. Dafür stiegen die Benzinpreise. Zwei Monate lang 17 Cent Steuerrabatt gehören der Vergangenheit an. Auch hier war die Politik wenig mutig. Schade.

Mutig war Wolfgang Kubicki: Er warf seinen Hut in den Ring und ist nun Vorsitzender und Hoffnungsträger der FDP. Bringt er den Verein wieder über die magische Fünf? Der liberale Mittelstand jedenfalls feiert am 31. Oktober in Berlin seinen 30. Geburtstag.

Viele Themen finden Sie online auf NewsMark.de, etwa das Thema Zentralasien. Im Heft finden Sie QR-Codes. Scannen Sie den Code mit Ihrem Mobiltelefon und folgen Sie dem Link zum Artikel im Internet.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Christian Grosse Jörg Wachsmuth



Inhalt

Panorama Berlin, was war los...	4
Zukunft Trau Dich Berlin	6
Küchen Studio Dialog Das erste Dutzend	8
Global Der Panamakanal - eine Erfolgsgeschichte	9
Digitales Digitale Souveränität in der EU? Illusorisch	11
TXL Wolfram - ein strategischer Engpassrohstoff	14
Wirtschaftshilfen Corona-Rückforderungen destabilisieren Mittelstand	15
Freiheit Wolfgang Ischinger zurück nach München	17
Finale Zwischen Epstein und Diddy - Musikkarrieren gegen Sex	18

NewsMark

Wirtschaft verstehen, Zukunft gestalten

www.newsmark.de
2. Jahrgang 2026

Verlag und Redaktion:

Wachsmuth Medien GmbH,
Schloßstraße 129
D-12163 Berlin

Telefon: 030 / 626 088 27
Telefax: 030 / 626 088 29
E-Mail: redaktion@newsmark.de

Herausgeber:

Liberaler Mittelstand Berlin e.V.

Chefredakteur (V.i.S.d.P.): Jörg Wachsmuth
Autoren / Redakteure: Christian Grosse, Bastian Schmidt, Oliver Springer, Jörg Wachsmuth, Max Werner. Es kommt auch KI-Technik zum Einsatz.

Layout: Wachsmuth Medien GmbH
Druck: Saxoprint

Vertrieb (Anzeigen): Christian Grosse
Anzeigen: Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 (gültig seit Juli 2025)

NewsMark erscheint alle drei Monate und geht den Mitgliedern des Liberalen Mittelstand Berlin e.V. als MitgliederMagazin zu. Für 4,50 Euro pro Ausgabe kann die Zeitschrift abonniert werden oder im Digitalabonnament für 3,00 Euro pro Ausgabe bezogen werden. NewsMark liegt in relevanten

Einrichtungen und Geschäften aus. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Unterlagen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion und Quellenangabe gestattet. Postzustellung und Nachbestellung: Gegen eine Gebühr von 6,50 Euro pro Heft kann NewsMark per Postzustellung bezogen werden.

©WMG 2026

ONLINE GEDRUCKT VON

SAXOPRINT

Berlin, was war los....



Weltsaal Auswärtiges Amt beim 35. Deutsch-Polnischen Forum (oben, rechts) und Boris Pistorius, Bundesminister der Verteidigung und Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen a. D. (oben, links).



50.000 Tulpen im Pop-Up Tulpengarten am 14. März luden die Berliner zum kostenlosen Pflücken ein. Hier bei der Eröffnung mit Senatorin Giffey und der Botschafterin des Königreichs Niederlande Hester Somsen (unten)



Hoffnungsträger in Berlin: Reza Pahlavi, ältester Sohn des letzten Schahs von Persien im April 2026. Er forderte die Opposition im Iran zu unterstützen. (oben).

Neujahrsempfang im International Club Berlin mit Newsmark und dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (links).





Silberlocken gegen Bedeutungslosigkeit - Was bei den Linken geklappt hat, geht bestimmt auch bei der FDP. Während mit den neuen Vorsitzenden Wolfgang Kubicki alle gerechnet hatten, war Annegret Strack-Zimmermanns Kandidatur Überraschung auf dem Parteitag im Berliner Estrel.

Im Vorfeld für die FDP ist der Liberale Mittelstand tätig und das seit 30 Jahren. Save The Date! Samstag, den 31. Oktober 2026 soll das in Berlin gefeiert werden. Das passt gut, als einziges Bundesland im Norden und Osten wäre es dort ein normaler Samstag, den Reformationstag feiern die Berliner nicht.



Die EU-Ratspräsidentschaft endete in der Residenz der Botschafterin von Zypern Maria Papakyriakou (oben, rechts). Mit Reden, Musik, Drinks und Häppchen. Aber vor allem auch der Übergabe des Berlin EU-Fahrrads an die Botschafterin von Irland, Frau Maeve Collins (oben links). Gute Sitte seit 2011. Unter den Gästen auch EU-Staatsminister Gunther Krichbaum (oben, links) und Christian Goiny (CDU) MdA und Matlis Panagiotis, Vorsitzender der Hellenischen Gemeinde Berlin (rechts). Für Maria Papakyriakou war es nach fünf Jahren auch der Abschied von Berlin als Botschafterin.

Trau Dich, Berlin

es geht um EXPO, Olympia und die Zukunft

Berlin steht an einem dieser seltenen Momente, in denen eine Stadt spürt, dass sich ein Fenster öffnet – und genauso schnell wieder schließen kann. Für die Zukunft der Stadt kann dies entscheidend sein, so wie das Fenster, das sich am 9. November 1989 öffnete und nicht nur die Stadt, sondern das Land veränderte zum Positiven. Hätten die Akteure die Chance nicht ergriffen, in diesem Fall der damalige Regierende Bürgermeister Walter Momper und Bundeskanzler Helmut Kohl, das Thema Wiedervereinigung wäre uns entglitten und der Westteil weiterhin eine Stadt in Insellage. Für Berlin geht es nicht nur um ein kulturelles Ereignis – sondern um einen potenziellen wirtschaftlichen Impuls von über 20 Milliarden Euro.



Ende 2025 stellt Girl (mitte, zwischen Randolph Duda und Christian Grosse) das EXPO-Projekt im randu-Küchenstudio vor (Foto: Wachsmuth)

Ganz Berlin ist eine EXPO

„Ganz Berlin ist eine EXPO“, lautet das Motto der Initiative Global Goals für Berlin. Der Verein geführt vom ehemaligen Berliner IHK-Präsidenten Daniel-Jan Girl hat sich zum Ziel gesetzt, die EXPO 2035 in Berlin zu veranstalten. Das Fenster ist geöffnet, die Stadt muss mitteilen, dass sie die EXPO 2035 will, um dann innerhalb eines halben Jahres das Konzept nachreichen. „Ja zur EXPO“ hat der Verein nun in der Stadt plakatiert und auf einen Bus das längste JA geschrieben, Berlin kann das, die Wirtschaft will. Der Senat auch. Global Goals brachte erst kürzlich Unterstützer-Briefe für die EXPO ins Rote Rathaus.

Die Chancen für Berlin stehen gut, sehr gut. Weltweit gibt es bislang nur wenige ernsthafte Bewerber – ein Vorteil, den Berlin nutzen muss. Die letzte EXPO fand 2025 in Osaka in Japan statt und auch davor war Europa nur noch selten Austragungsort, zuletzt 2015 in Mailand. Berlin war noch nie Austragungsort einer EXPO, 1879 verhinderte der Kaiser die EXPO, die Wirtschaft bestand auf die Schau und so kam es zur Berliner Gewerbeausstellung und der Premiere der ersten elekt-

risch betriebenen Lokomotive der Firma Siemens, 1896 fand dann eine zweite Gewerbeausstellung mit immerhin 7 Millionen Besuchern statt. Die Interbau Berlin 1957 war nur eine „Internationale Bauausstellung“ und zielte auf den Wiederaufbau des kriegszerstörten Hansa-Viertels ab. Die EXPO 2000 in Hannover war die einzige echte Weltausstellung in Deutschland, bisher.

Berlin kann groß, es muss sich nur trauen, Berlin ist groß und gehört in Europa zu den drei wichtigsten Destinationen und Start-Up-Standorten neben London und Paris. Global Goals hat sich bei seiner ersten Präsentation Edgar von Hirschhausen als prominenten Unterstützer geholt, weil es in Berlin um Nachhaltigkeit, um Zukunft und um eine grüne Stadt geht. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen stehen im Zentrum des Konzepts, die Global Goals. Plakate und Infozentren zeugen von dem Willen zur EXPO. Überall in der Stadt stehen bunte Klaviere, die Passanten zum Musizieren einladen, siebzehn an der Zahl, eines für jedes Ziel. Es sind kleine, poetische Interventionen, die zeigen sollen, was möglich wäre, wenn Berlin sich traut, die EXPO 2035 wirklich zu wollen.

Doch während die Wirtschaft, angeführt durch die IHK, längst im Angriffsmodus war, wirkte der Senat, als würde er noch immer zwischen Ja, Nein und Naja pendeln. Und nun kommt internationaler Druck dazu: US Präsident Donald Trump hat angekündigt, die EXPO 2035 nach Miami zu holen. Berlin hat damit vielleicht weniger Zeit als gedacht – das Bewerbungsfenster ist noch bis Jahresende geöffnet.

Ein Konzept, das größer ist als ein Gelände

Die EXPO Initiative setzt nicht auf ein klassisches Messegelände, sondern auf ein dezentrales Modell: ein Hauptareal von rund 100 bis 150 Hektar plus dutzende „KiezLabs“ in der ganzen Stadt. Berlin soll sechs Monate lang zu einem Labor für Nachhaltigkeit, Innovation und urbane Zukunft werden.

Der Businessplan, der in der Wirtschaft kursiert, ist ambitioniert – aber nicht unrealistisch. Er sieht eine weitgehend privatwirtschaftliche Finanzierung vor – ein entscheidender Punkt, um politische Widerstände

zu reduzieren. Er kalkuliert mit 2,1 Milliarden Euro Einnahmen und 2,1 Milliarden Euro Ausgaben, bis zu 30 Millionen Besuchern und einem möglichen gesamtwirtschaftlichen Effekt von bis zu 22 Milliarden Euro.

Daniel-Jan Girl, führender Kopf hinter der Initiative, formuliert es so: „Ich empfinde Berlin schon täglich als Weltausstellung. Aber wir merken, dass bestimmte Dinge noch nicht optimal laufen – und irgendwas brauchen wir, was uns zusammenbringt.“

Sein Argument: Die EXPO sei kein Prestigeprojekt, sondern ein Modernisierungsschub. Ein Anlass, um Infrastruktur zu beschleunigen, Genehmigungen zu vereinfachen, Innovationen sichtbar zu machen – und Berlin international neu zu positionieren.



Unternehmer Daniel Jan Girl hat das Thema EXPO 2035 mit seinem Team auf den Plan gerufen (Foto: EXPO 2035 Berlin)

Der Senat zwischen Olympia und EXPO

Während die Wirtschaft – von der IHK bis zu großen Verbänden – klar für die EXPO trommelt, wirkt der Senat gespalten. Kai Wegner hat die EXPO mehrfach als „große Chance“ bezeichnet, gleichzeitig aber Olympia als Priorität ausgerufen. Wegner will Olympia 2036, 2040 oder 2044 in Deutschland. Und die Welt, so Wegner beim Küchen-Studio-Dialog von Newsmark und dem Liberalen Mittelstand Berlin, würde es nicht verstehen, wenn Deutschland eine andere Stadt als Berlin ins Rennen schickt. Fördermittel auf der Bundesebene wird es wohl geben. Ob aber TXL (der ehemalige Flughafen Tegel) mit seiner Urban Tech Republik endlich an die U-Bahn angeschlossen wird, ist nicht sicher. Die Tunnel am Bahnhof Jungfernheide und Jakob-Kaiser-Platz sind seit den 1980er Jahren bereit. Die neue alte Idee einer Magnetbahn in Berlin, immerhin gab es sie kurz vor dem Mauerfall schon zwischen Gleisdreieck und Kemper Platz, die das Gelände in Tegel mit Spandau verbindet, wäre mit einer EXPO-Finanzierung auch gesichert.

Aber die Standortfrage ist noch nicht geklärt, sieht das Team um Girl den alten Flughafen als erste Wahl, lehnt der Senat diesen ab. Tegel? „Geht nicht“, sagt der Regierende Bürgermeister Kai Wegner und brachte die Gründe im Küchen-Studio-Dialog vor. Er will sich als Macher zeigen und mit der Entwicklung des Geländes nicht weitere zehn Jahre warten müssen. Entschei-

dend ist aber in diesem Fall der Bund, der auf die weitere Nutzung seiner Flächen in Tegel drängt, es gab eine Zeitenwende und die Bundeswehr bleibt und damit gibt es Sicherheitsaspekte. Alternative Schönefeld? „Vielleicht.“ Brandenburg? „Muss man reden.“ Wegner sagt längst ja zur EXPO, hat mit seinem Brandenburger Amtskollegen Woidke bereits über Schönefeld gesprochen.

So wie das Olympiakonzept ganz Ost-Deutschland einbindet, so ist es auch bei der EXPO. Ein Ausstellungsgelände am BER wäre genial, dehnt aber die EXPO verständlicherweise auf ganz Brandenburg aus. Standorte in Cottbus, Eberswalde oder der Optikstadt Rathenow könnten in das Konzept der EXPO in der Metropolregion Berlin-Brandenburg kommen. Entscheidend wird sein, ob die Flächen in Tegel oder am BER rechtzeitig planungsrechtlich gesichert werden können.

Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey wirbt schon länger offensiv für die EXPO und betont, dass Olympia und EXPO sich nicht ausschließen. Im Gegenteil: Beide Projekte könnten voneinander profitieren – wenn man sie strategisch denkt. Das unterstreicht auch Global Goals.

Miami macht Tempo

Dass US-Präsident Donald Trump öffentlich erklärt hat, Miami ins Rennen schicken zu wollen, verändert die Lage. Die USA haben Erfahrung mit Mega Events, ver-

fügen über enorme Sponsorenkraft – und Trump weiß, wie man internationale Aufmerksamkeit erzeugt.

Für Berlin bedeutet das: Zögern ist keine Option mehr. Das Bewerbungsfenster für 2035 ist enger als gedacht, und wer jetzt nicht liefert, ist raus, so Global Goals. Der Senat ist entspannter, man hat bereits mit dem EXPO-Komitee in Berlin Kontakt aufgenommen, der Zeitplan steht. Die EXPO wird von 65% der Bevölkerung und der Wirtschaft gewollt. Auch durch die Parteien gibt es eine breite Zustimmung. Der Berliner IHK-Präsident Sebastian Stietzel spricht von einem „Innovations- und Investitionsbooster“ für die Hauptstadtregion. Die EXPO ist kein Projekt, das man „mal schauen“ kann. Sie verlangt ein klares politisches Commitment – und sie bekommt es im Einklang mit Brandenburg.

Olympia – Konkurrenz oder Chance?

Parallel dazu läuft ein zweites Projekt, das Berlin ebenfalls verändern könnte: die Olympia-Bewerbung. Der Prozess des DOSB (Deutscher Olympischer Sport Bund) für die deutsche Olympia Bewerbung. Berlin ist im Rennen, ebenso München und das Ruhrgebiet um Köln. Nur für Hamburg ist das Rennen nach einem negativen Votum der Bevölkerung bereits vorbei. Die möglichen Jahre: 2036, 2040 oder 2044. Inzwischen hat auch Bundespräsident Steinmeyer seine ursprüngliche Ablehnung vor allem für den Termin 2036 in eine gespannte Zustimmung verwandelt.

Die Debatte wird oft als Entweder-Oder geführt. Doch das greift zu kurz. Olympia und die Paralympics sind ein sportliches Großereignis mit globaler Strahlkraft – aber zeitlich auch sehr begrenzt.

Die EXPO hingegen ist ein sechsmonatiges Innovations- und Wirtschaftsfestival, das langfristige Effekte erzeugt. Das Berlin sich gerne kleiner macht als es ist, vermutlich ein Fehler. Berlin kann Großveranstaltungen, verfügt über eine ausgezeichnete Infrastruktur und wie auch in München, das 1972 die Spiele hatte, sind in Berlin auch ausreichend Sportstätten und Austragungsorte für Olympia bereits vorhanden und nicht alle gehen auf die Olympiade 1936 zurück. Die Stadt würde die gesamten ostdeutschen Bundesländer mit einbeziehen. Aber die Stadt muss sich hier dem nationalen Wettkampf stellen und vor allem die zugezogene Bullerbü-Fraktion erkennt oft die Chance und

wünscht sich die Ruhe des Dorflebens in einer der lebendigsten Metropolen der Welt. Die Frage ist also nicht: Olympia oder EXPO? Sondern: Wie nutzt Berlin beide Chancen, ohne sich zu verzetteln? Die Stadt kann beides, das steht für Wegner inzwischen fest und auch Girl und sein EXPO-Team stehen Olympia positiv gegenüber und sehen vor allem die gemeinsamen Synergien für Innovation und Infrastruktur.

Was auf dem Spiel steht

Berlin hat die seltene Möglichkeit, sich neu zu erfinden – nicht als Hauptstadt des Provisorischen, sondern als Hauptstadt der Zukunft. Die EXPO wäre ein Katalysator für Infrastruktur, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und internationale Sichtbarkeit.

Doch dafür braucht es Mut. Und Mut ist in der Berliner Politik nicht immer die stärkste Währung. Der Berliner bleibt gerne in seinem Kiez, was nicht verwunderlich ist, die Stadt mit ihren Bezirken ist doch gleich ein Dutzend Großstädte. Und noch hat jeder Berliner Bezirk mehr Einwohner als Potsdam, die Landeshauptstadt ist die größte Stadt im umgebenden Brandenburg. Das auch von EXPO und Olympia in seinem Herzen profitiert.

Die Initiative hat geliefert: Konzept, Zahlen, Kampagne, öffentliche Aktionen. Die Wirtschaft steht bereit. Die internationale Konkurrenz formiert sich. Berlin-Brandenburg ist am Zug.

Berlin muss sich trauen – und zwar sofort

Die EXPO 2035 ist kein Selbstläufer. Sie ist eine historische Chance. Eine, die Berlin nicht oft bekommt. Wenn die Stadt will, muss sie handeln: Bewerbung einreichen, Standort festlegen, politisches Commitment zeigen.

Denn eines ist klar: Wer zögert, verliert. Und wer mutig ist gewinnt, eine Weltausstellung und Olympia. Berlin kann beides, will es die Stadt? Sicher auch und für eine deutsche Olympia-Bewerbung, auf der nicht Berlin steht, wäre weltweit kaum Verständnis im Spiel.

Wer jetzt handelt, sichert Berlin nicht nur ein globales Ereignis – sondern einen der größten wirtschaftlichen Modernisierungsschübe seit der Wiedervereinigung. | Autor: Jörg Wachsmuth



Küchen-Studio-Dialog : Das erste Dutzend ist voll

Innerhalb eines Jahres zwölfmal morgens um 9:00 Uhr zu Gast im randu-Küchenstudio in der Uhlandstraße 118 in Berlin-Wilmersdorf – ein gutes Dutzend Menschen um den Küchentisch versammelt. Top-Speaker aus Politik und Wirtschaft halten Impulsvorträge. Es geht um Berlin, die Rolle Asiens, Mittelstand und Bürokratie. Unter den Gästen: Michael Müller, Franziska Giffey, Reinhard Bütikofer, Thilo Sarrazin, Manja Schreiner, Daniel Grl, Christian Dürr, Dirk Niebel, Steffen Krach, Dr. Treier, Prof. Dr. Paqué und der Regierende Bürgermeister Kai Wegner. Alle Vorträge stehen bei Spotify, YouTube und Co. als Podcast zur Verfügung. (Foto: Randolph Duda, Christian Grosse, Jörg Wachsmuth – das Küchen-Studio-Dialog-Team)

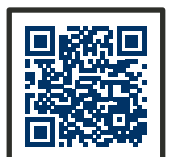




Foto: Autoridad del Canal de Panamá (ACP)

Der Panamakanal - eine Erfolgsgeschichte: 26 Jahre panamaische Verwaltung

In diesem Jahr feiert der Panamakanal (Mittelamerika) sein 26 jähriges Jubiläum unter panamaischer Führung. Mit der Übergabe am 31. Dezember 1999 um 12:00 Uhr, stärkte dieser historische Meilenstein das nationale Selbstverständnis, den Nationalstolz und ermöglichte es Panama, seine Fähigkeit zur effizienten Verwaltung einer der strategisch wichtigsten Routen des Welthandels, unter Beweis zu stellen. Er verbindet als "Abkürzung" den Atlantik mit dem Pazifik. Kürzere Wege bedeuten Zeitersparnis, geringere Betriebskosten und Treibstoffverbrauch sowie eine schnellere Lieferung von Waren weltweit.

Etwa 5 % bis 6 % des gesamten Welthandels fließen durch den Kanal. Besonders wichtig ist er für den Transport von Containern, Getreide, Kohle und Flüssigerdgas (LNG). Der Kanal verbindet vor allem die Märkte in Asien (China, Japan) mit der Ostküste der USA sowie Europa mit der Westküste Amerikas. Die Route zwischen der US-Ost- und Westküste verkürzt sich um etwa 13.000 bis 15.000 km.

Der Panamakanal ist das wirtschaftliche Rückgrat Panamas. In den 26 Jahren panamaischer Verwaltung flossen 31,231 Milliarden Balboas (ca. 26,70 Mrd. Euro) in die Staatskasse – ein historischer Höchststand, der die Wirtschaft stärkt und Investitionen in die soziale Entwicklung des Landes ermöglicht. Zudem ist er ein wichtiger Arbeitgeber und sichert tausende direkte und indirekte Arbeitsplätze in der Region.

Seine geopolitische Relevanz ist von großer Bedeutung. Aufgrund seiner strategischen Lage ist der Kanal oft Gegenstand politischer Interessen, insbesondere zwischen den USA und China. Er gilt als bedeutendes "Territorialobjekt" für die globale Sicherheit und Logistik.

Panamakanal versus Straße von Hormus

Aufgrund des Nahost/Iran-Konflikts wurde der Panamakanal immer wieder mit der Straße von Hormus verglichen. Der Hauptunterschied zwischen dem Kanal und Hormus liegt in ihrer Entstehung und ihrer wirtschaftlichen Funktion.

Der 82 km lange Panamakanal ist ein künstlich erbauter Durchstich für den allgemeinen Warenhan-

del, die Straße von Hormus eine natürliche Meerenge und die weltweit wichtigste Schlagader für den Öl- und Gastransport. Der Kanal nutzt ein komplexes System aus Schleusen und Stauseen, um Schiffe über eine Anhöhe von 26 Metern zu heben. Die Straße von Hormus ist eine ca. 55 km breite natürliche Meerenge zwischen dem Iran im Norden und Oman/VAE im Süden. Sie verbindet den Persischen Golf mit dem Golf von Oman und dem Arabischen Meer.

Beide maritimen Nadelöhre haben unterschiedliche wirtschaftliche Bedeutungen. Der Kanal dient primär als Abkürzung für den Welthandel. Vor allem Container- und Massengutfrachter meiden die gefährliche und lange Umrundung Südamerikas.

Die Straße von Hormus ist der weltweit kritischste Energieengpass. Etwa 20–25 % des weltweiten Ölhandels und erhebliche Mengen an Flüssiggas (LNG) wer-



Ilya Espino de Marotta, Stellv. Administratorin, Leiterin für Nachhaltigkeit (Foto: C. Grosse)

den täglich durch diese Passage transportiert. Die größten Herausforderungen beim Panamakanal sind ökologischer Natur. Wassermangel und Dürreperioden können den Schleusenbetrieb einschränken. Die Straße von Hormus ist ein geopolitischer Brennpunkt mit hohem Konfliktpotenzial. Eine Blockade oder militärische Bedrohungen haben sofortige, massive Auswirkungen auf den globalen Ölpreis. Eine Blockade des Panamakanals ist theoretisch möglich, allerdings unterscheidet sich das Risiko in seiner Natur grundlegend von der aktuellen Situation in Hormus.

Klima als Herausforderung

Der Panamakanal ist ein Süßwassersystem, das auf Regenwasser angewiesen ist. Historische Dürren, oft verstärkt durch das Phänomen „El Niño“, haben bereits mehrfach dazu geführt, dass der Wasserstand im Gatún-See so stark sank, dass die täglichen Schiffspassagen von 36 auf bis zu 24 reduziert werden mussten. Die Folge davon war wie eine schleichende Blockade. Dies hat zur Folge, dass die Wartezeiten erhöht werden und Schiffe zwingt, leichtere Ladung zu transportieren. Der Kanal nutzt ein komplexes und technisch ausgereiftes Schleusensystem. Da der Kanal eine "Wasser-Hebeanlage" ist, würde ein Defekt an den Schleusentoren den Durchfluss sofort stoppen. Ein querstehendes Schiff in den engen Kanalsegmenten würde den Verkehr für Tage oder Wochen unterbrechen.



S.E. Vladimir A. Franco Sousa
- Botschafter von Panama
(Foto: C. Grosse)

Im Vergleich zum Nahen Osten gilt die Region um den Panamakanal als deutlich stabiler. Der Kanal wird von der autonomen Behörde Autoridad del Canal de Panamá (ACP) verwaltet und ist völkerrechtlich zur Neutralität verpflichtet. Es gibt derzeit keine Akteure vor Ort, die eine militärische Blockade planen oder durchführen könnten.

Zu den wichtigsten Meilensteinen zählt die Kanalerweiterung. Die Einweihung des erweiterten Kanals im Jahr 2016 revolutionierte die globale Schifffahrtsindustrie, ermöglichte die Durchfahrt größerer Schiffe und stärkte die Wettbewerbsfähigkeit der Route.

Erfolge unter panamischer Verwaltung

Das Ziel der ACP ist es, ihre strategische Rolle im Weltmarkt zu stärken und Projekte wie den Energiekorridor, Hafenausbauten und Systeme zur Sicherstellung der Wasserversorgung für Bevölkerung und Betrieb zu fördern. Anlässlich dieses Jubiläums bekräftigt

die ACP ihr Engagement für eine nachhaltige Zukunft durch Programme zur Optimierung der Wassernutzung, Emissionsreduzierung und Stärkung der Klimaresilienz.

Erhöhte Nachfrage

Durch den Nahostkonflikt verzeichnet der Kanal, im April 2026, einen starken Anstieg der Nachfrage, was zu Folge hat, dass die Kapazitätsgrenzen erreicht sind. Die täglichen Durchfahrten sind von ca. 36 auf 40 bis 41 Schiffe gestiegen.

Durch die Sperrung der Straße von Hormus, und Erhöhung des Risikos der Durchfahrt durch das Rote Meer und des Suezkanals, haben Reedereien Ihre Handelsrouten verlagert. Sie weichen verstärkt auf den Panamakanal aus.

Die Route durch Panama ist, trotz der Gebühren, für viele Unternehmen finanziell lukrativer geworden, da Zeiteinsparungen von 3 bis 15 Tagen die Fahrzeiten verkürzen.

Insbesondere der Transport von Flüssigerdgas (LNG) hat stark zugenommen. Lieferungen aus den USA, die ursprünglich für Europa bestimmt waren, werden nun verstärkt über Panama nach Asien umgeleitet, um Ausfälle aus dem Nahen Osten zu kompensieren.

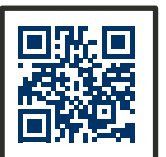
Der Panamakanal keine echte Alternative

Der Panamakanal ist dennoch keine vollwertige Alternative zur Straße von Hormus. Es handelt sich um zwei grundlegend verschiedene Schifffahrtswege, die unterschiedliche geografische Regionen verbinden und andere Güter transportieren.

Die Straße von Hormus ist ein kritischer "Flaschenhals" für den globalen Öl- und Gastransport. Ein Ausfall trifft zuerst die Energieversorgung von Asien und Europa. Ein Öltanker, der aus Saudi-Arabien nach Japan fährt, kann nicht durch Panama fahren, muss den Nahen Osten umgehen und andere Routen wählen. Der Kanal hat begrenzte Schleusenzeiten, eine maximale Schiffsgröße (Neo-Panamax) und kämpft zudem mit klimatisch bedingten Niedrigwasserproblemen (Dürren), was zu Staus führen kann. Er ist eine wichtige Route für US-Handel und lateinamerikanische Exporte, aber kein Ersatz für den Transport aus dem Persischen Golf.

Nur wenn Schiffe aus den USA, statt über den Suezkanal, durch den Panamakanal nach Asien fahren, kann er als logistische Umgehung dienen, um geopolitische Spannungen im Nahen Osten zu vermeiden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Straße von Hormus essenziell für die globale Energieversorgung ist. Der Panamakanal dagegen ist zentral für den Containertransport in der westlichen Hemisphäre verantwortlich. Beide maritimen Systeme sind komplementär und nicht austauschbar. | Autor: Christian Grosse



Digitale Souveränität in der EU?

Illusorisch!

Um einen Kandidaten für das Unwort des Jahres 2026 vorzuschlagen, ist es noch zu früh. Aber wenn ich ein Wort dieses Jahr wirklich nicht mehr hören möchte, dann ist es „digitale Souveränität“. Wer diesen Begriff heute verwendet, hat die Tiefe unserer Abhängigkeit nicht begriffen. Nach jahrzehntelangen Fehlentscheidungen ist die EU zur Souveränität technisch gar nicht in der Lage.

In diesem Artikel können wir nur die Spitze des Eisbergs der Abhängigkeiten beleuchten. Ich möchte mit dem naheliegendsten Stück Technik beginnen, das trotz seiner Omnipräsenz bei Diskussionen über digitale Souveränität meist übersehen oder bewusst nicht angesprochen wird: das Smartphone. Konkret: das Betriebssystem.

In der westlichen Welt dominieren bei Smartphones zwei mobile Betriebssysteme: Android (Google) und iOS (Apple). Es gibt alternative Systeme wie Sailfish OS oder Ubuntu Touch, aber kaum Apps dafür. Das betrifft nicht nur Dinge, auf die man notfalls verzichten könnte, sondern auch Banking-Apps, Zwei-Faktor-Authentifizierung sowie Mobilitäts-Apps.

Dazu kommt die Hardwarelücke: Systeme, die als echte souveräne Alternativen gelten können, laufen nur auf wenigen Geräten, die meist technisch veraltet und mit leistungsschwacher Technik ausgestattet sind. Es gibt nahezu keine passenden aktuellen Smartphones. Dann könnten wir uns den Stress auch sparen und wieder Dumbphones benutzen.

Also nehmen wir mal an, wir steigen alle auf Seniorenhandys um und haben dann ein Telefon mit SOS-Taste. Für andere Zielgruppen werden solche Handys kaum noch gebaut. Die SOS-Taste passt als Symbol. Die Abhängigkeit von den USA in Schlüsselbereichen setzt die EU-Staaten Risiken aus, die sofortiges Handeln erfordern. Wir könnten uns sogar die Diskussion über eines der im Zusammenhang mit digitaler Souveränität am häufigsten diskutierten Themen sparen: sichere Instant-Messenger.

Die Debatte wird hier häufig auf Datenschutz und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung reduziert. Das greift zu kurz. Verschlüsselung schützt Inhalte vor dem Mitleesen durch Dritte, aber beantwortet nicht die Frage, wer die Plattform kontrolliert, auf der diese Kommunikation stattfindet.

Die SMS kann uns keiner nehmen

Wer digitale Souveränität ernst nimmt, sollte Messenger verwenden, deren Unternehmen ihren Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union haben. In der EU dominieren WhatsApp (USA), iMessage (USA), Facebook Messenger (USA) und Instagram Direct

(USA). Das oft empfohlene Signal stammt ebenfalls aus den USA und scheidet aus. Telegram hat seinen Sitz außerhalb der EU. Threema kommt aus der Schweiz. Wire gilt oft als europäisch, war jedoch international strukturiert.

Threema und Wire können als Schritte in die richtige Richtung gelten, aber das Grundproblem bleibt: Wenn Messenger über iOS oder Android genutzt werden, hängt ihre Verbreitung und ihre Aktualisierung an App-Stores, die von US-Unternehmen kontrolliert werden. Wer die App-Stores kontrolliert, kontrolliert Zulassung, Verbreitung und Updates von Anwendungen. Ein historisches Beispiel ist der Umgang der US-Regierung mit Huawei. Der Zugang zu zentralen Plattformdiensten wurde politisch eingeschränkt.

Wer es mit digitaler Souveränität ernst meint, muss sich einer unbequemen Wahrheit stellen: Für Kurznachrichten ohne App-Stores, ohne US-Cloud und ohne US-Betriebssystem bleibt auf Mobiltelefonen nur die klassische SMS. Leider ist diese nicht mehr so komfortabel wie vor 25 Jahren, da komfortable Eingabehilfen wie das legendäre T9 nicht mehr Standard sind.

Social Media als sicherheitspolitischer Hebel

Wenn die EU es mit digitaler Souveränität ernst meint, fallen Debatten über Social-Media-Verbote für Jugendliche weg, denn konsequenterweise läuft es auf ein faktisches Verbot für alle hinaus. Ein Verbot für Erwachsene wäre in dieser Logik sogar folgerichtiger. Jugendliche wählen nicht.

Bei allem Unsinn, der im Zusammenhang mit Verbotsdebatten über soziale Medien zu hören ist, gibt es einen Punkt, der ernst zu nehmen ist: Die Gefahr politischer Beeinflussung ist real. Sie liegt darin, dass Plattformen über ihre Algorithmen bestimmen, welche Inhalte sichtbar werden, welche Reichweite erhalten und welche im Hintergrund verschwinden. Problematisch wird es, wenn Profitmaximierung einer politischen Agenda weicht – freiwillig oder durch Druck aus dem Weißen Haus.

Statt großer Verbote reichen kleine Stellschrauben: Themen werden systematisch nach oben geschoben, andere verlieren Reichweite, ohne dass es sich nach Zensur anfühlt. Inhalte erhalten kaum Reichweite, in-

dem sie aus Empfehlungen herausfallen. Inhalte bleiben formal online, verschwinden aber praktisch aus der Wahrnehmung. Härtere Maßnahmen sind Sperren, Demonetarisierung und Löschung, die mit schwammigen Kategorien begründet werden, die sich jederzeit neu definieren lassen. Es braucht keine dauerhafte Steuerung, ein Eingriff im richtigen Zeitfenster reicht, um Debatten und Stimmungen zu lenken.

Diese Steuerung ist nicht nur ein globales Ranking, sondern kann bis auf einzelne Zielgruppen heruntergebrochen werden. Dann sehen verschiedene Milieus im selben Land faktisch unterschiedliche Ausschnitte der Öffentlichkeit. Das ist politisch besonders wirksam, weil ein Eingriff schwer erkennbar ist. Es findet keine offene Zensur statt – und dennoch verschiebt sich das, was als relevant empfunden wird.

Was ständig auftaucht, wirkt wie Konsens. Man sieht das Ergebnis, aber nicht den Schalter. Dadurch wird Kontrolle über Plattformen zu einem politischen Druckmittel, das ohne offene Verbote auskommt. Dass dieses Risiko politisch ernst genommen wird, zeigt der Umgang der USA mit TikTok. Die amerikanische Regierung hat gesetzlich erzwungen, dass das US-Geschäft von TikTok aus der Kontrolle des chinesischen Mutterkonzerns herausgelöst wird.

Entscheidend ist die Methode: Eigentum und Kontrolle werden als Sicherheitsfrage behandelt. Am Ende steht nicht „mehr Aufsicht“, sondern eines von drei Dingen: strukturelle Trennung, erzwungener Verkauf oder ein faktisches Verbot. Dies ist keine Debatte über Themen, sondern über Aufsicht.

Die großen Plattformen der digitalen Öffentlichkeit – Facebook, Instagram, X, YouTube, LinkedIn – stammen aus den USA. Das aus China stammende TikTok ist die einzige Ausnahme. EU-basierte Social-Media-Plattformen, die relevant sind, gibt es nicht.

Social-Media-Verbote auch für Erwachsene

Die Umsetzung digitaler Souveränität würde folglich die Abschaffung von Social Media in gewohnter Form bedeuten. Es gäbe dann nur noch wenige kleine Plattformen mit geringer Verbreitung – in Deutschland wohl nur das businessorientierte XING und das Nachbarschaftsnetzwerk nebenan.de.

Alternativ könnte man dem Beispiel der USA folgen: mehrheitliche Kontrolle oder Verbot. Facebook, Instagram, X, YouTube unter Eigentümerstruktur mit EU-Mehrheit oder nicht mehr verfügbar. Wie der amerikanische Präsident auf einen solchen Schritt der EU reagieren würde, möchte man sich kaum ausmalen.



EU ohne USA: digital fast nackt | Foto: „Europa“ (May Claerhout, 1993), Europäisches Parlament, Brüssel (KI-Bildbearbeitung mit Grok)

Es wäre dann nur konsequent, bei dieser Gelegenheit diese Zwangsmaßnahmen auf Suchmaschinen auszuweiten, denn wenn man etwas sucht, entscheidet ein Algorithmus aus den USA darüber, was überhaupt auffindbar ist. Dabei wirkt die Lage bei der Suche auf den ersten Blick weniger hoffnungslos: Google und Bing von Microsoft dominieren zwar, es gibt aber eine Reihe kleinerer „Alternativen“ – viele davon sitzen jedoch ebenfalls in den USA: das oft empfohlene DuckDuckGo, der funktional starke Geheimtipp Kagi und Brave Search.

Sitzt ein Dienst nicht in den USA, stammen die Ergebnisse oft trotzdem aus denselben Quellen: aus dem Google- oder Bing-Ökosystem, ganz oder teilweise. Startpage ist ein typisches Beispiel: Die Suchmaschine wirkt wie ein Ausweg, leitet Suchanfragen aber im

Kern an Google oder Bing weiter und liefert deren Ergebnisse zurück. Es gibt Ausnahmen, die wenigstens als Basis für echte Alternativen angesehen werden können: Qwant aus Frankreich (eigener Index vorhanden; ergänzt durch Bing, wo Abdeckung fehlt) und die deutsche Metasuchmaschine MetaGer (kein eigener Index; bündelt Treffer anderer Suchmaschinen und ordnet sie neu).

Das Machbare passiert nicht

Wenn von digitaler Souveränität die Rede ist, werden fast immer die gleichen Themen angesprochen: Betriebssysteme für Notebooks und Desktop-Computer, Office-Pakete, E-Mail-Programme und Arbeitsumgebungen. In diesen Bereichen ist Souveränität technisch möglich und hätte längst umgesetzt werden können, aber es ist wenig passiert. Gründe dafür sind fehlender politischer Wille, fehlender institutioneller Mut, fehlende Durchsetzungskraft, Widerstand der Nutzer, Bequemlichkeit, Risikoaversion. Seit Donald Trump wieder im Oval Office sitzt, gibt es zwar frischen Schwung, die Anzahl der Pilotprojekte nimmt zu und einzelne Verwaltungen wagen den Schritt. Verglichen mit dem Anspruch auf digitale Souveränität bleibt das Gesamtbild enttäuschend, weil es an Umsetzung in der Breite fehlt.

Wenn schon der Wechsel bei Notebook-/Desktop-Betriebssystemen und Office-Paketen auf Widerstand stößt, wie realistisch ist es dann, Bevölkerung und Wirtschaft ohne harte Verbote zum Verzicht auf zentrale, nicht EU-basierte Dienste zu bewegen? Denken wir an Smart Speaker mit den Sprachassistenten von Apple, Amazon und Google, die in Millionen Haushalten das Smart Home steuern, an Videostreaming bei Netflix, Prime Video, Disney+, Apple TV+, YouTube oder Twitch, an Bezahlen über Visa, Mastercard oder American Express, Apple Pay, Google Pay, Samsung Pay oder PayPal ...

Es geht nicht nur darum, wo die Server stehen

Die EU ist im Bereich der digitalen Infrastruktur keine souveräne Macht, sondern eine digitale Kolonie. Ihre Daten, Anwendungen und zunehmend ihre KI-Systeme laufen in Rechenzentren, die von wenigen US-Unternehmen kontrolliert werden. Der physische Standort dieser Server ändert daran wenig, weil auch europäische Standorte von US-Firmen amerikanischem Recht wie dem CLOUD-Act unterliegen.

Selbst ohne formellen Zugriff genügt die Kontrolle über Software, Updates und Geschäftsbedingungen, um Abhängigkeit durchzusetzen. Die Kontrolle über Infrastruktur ermöglicht es, diese bei Bedarf einzuschränken. Mögliche Maßnahmen sind Lizenzpolitik, Stopp von Updates, Sperrung von Accounts und Entzug von Diensten. Wo Systeme technisch wie bisher weiterlaufen, kann der Betrieb über abhängige Dienste wie Identität, Zertifikate, Support, Abrechnung oder den Zugang

zu zentralen APIs eingefroren werden. Der wahre Horror ist indes nicht „aus“, sondern „an“ unter fremder Kontrolle.

Eigene europäische Rechenzentrumskapazitäten existieren, doch sie sind im Vergleich zu den Hyperscalern begrenzt. Wollte man die bestehenden Strukturen vollständig ersetzen, wäre das ein Projekt von gewaltigem Umfang und einer Dauer von vielen Jahren, mit enormem Kapitalbedarf. In dieser Rechnung ist die künstliche Intelligenz noch nicht einmal vollständig enthalten. KI braucht massiven Ausbau von Datenzentren, nicht zuletzt auch für kontinuierliche Weiterentwicklung. In den USA werden die Voraussetzungen derzeit weiter verbessert, während die EU ihre Regel- und Haftungslogik auf KI ausweitet.

Leistungsfähige KI-Modelle erfordern spezialisierte Hochleistungschips, enorme Rechenkapazitäten und gewaltige Energiemengen und viel, sehr viel Kapital. Europa verfügt weder über ausreichende eigene Chipproduktion noch über die nötige Energie- und Infrastrukturreserve, um mittelfristig mit den USA oder China gleichzuziehen. Hochleistungschips sind global knapp und ihre Produktion stark konzentriert. Selbst wenn KI-Modelle in Europa betrieben würden, bliebe die Abhängigkeit bei Training, Weiterentwicklung und Hardware bestehen.

Fazit

Ohne die USA steht die EU digital fast nackt da. Aus eigener Kraft reicht es gerade für einen Bikini. Im Konfliktfall können die USA ihre digitale Kolonie nach Gutdünken fernsteuern.

Falls es bis jetzt noch nicht klar ist: Das Ziel sollte nicht digitale Souveränität sein, sondern weniger Abhängigkeit von einem einzigen Machtzentrum. Das erreicht man nicht über Gesetze, jahrelange Verfahren und Bußgelder, sondern über Substanz: eigene Fähigkeiten und eigene Anbieter in der EU – und durch Kooperation mit anderen demokratischen Staaten in Europa sowie mit Partnern in anderen Regionen der Welt, etwa in Kanada, Japan und Südkorea.

Diese Substanz entsteht nur, wenn die EU ihre eigenen Bremsen löst: Sie muss dort Regelrückbau betreiben, wo sie sich selbst lähmt, etwa durch Goldstandards beim Schutzniveau. Das betrifft besonders den Datenschutz und Vorgaben, die den Einsatz und die Entwicklung von KI erschweren.

Wenn KI zur Basistechnologie wird, darf sie nicht vollständig von außen definiert werden. Alternativen aus der EU müssen die Chance haben, sich bei den eigenen Bürgern als attraktivere Option durchzusetzen und langfristig auch international wettbewerbsfähig zu sein. | Autor: Oliver Springer



Wolfram – ein strategischer Engpassrohstoff

Wolfram ist ein Übergangsmetall und chemisches Element, das den höchsten Schmelzpunkt aller Metalle (3422°C) hat. Mit seiner hohen Dichte von 19,25 g/cm³ ist es fast genauso dicht wie Gold.



Wolfram in Rohform und geschliffen (KI-Foto)

Das Schwermetall ist eines der härtesten Metalle: verschleißfest, hat die höchste Zugfestigkeit aller Metalle, ist chemisch sehr stabil und wird nicht von Salz- oder Schwefelsäure angegriffen.

Die extrem harte Kohlenstoff-Wolfram Verbindung, Wolframcarbid, findet Anwendung für Spezialwerkzeuge, als Material für panzerbrechende Munition, in Raketenkomponenten und High-Tech Industrie, als Glühfaden sowie als Legierungselement in der Stahlindustrie (Erhöhung der Härte und Warmfestigkeit).

Bedeutung des Critical Raw Material Acts (CRMA)

Der CRMA ist ein EU Gesetz, um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen für grüne und digitale Technologien langfristig zu sichern. Damit soll die Abhängigkeit von Drittländern verringert werden, indem es inländische Kapazitäten für Rohstoffabbau, -verarbeitung und -recycling ausbaut.

Gemäß der EU sind „Seltene“ Erden eine Gruppe von 17 chemischen Elementen, die aufgrund ihrer unverzichtbaren Eigenschaften für moderne Technologien als kritische Rohstoffe eingestuft werden. Wegen der hohen Importabhängigkeit aus China-über 90%-und der schwierigen Gewinnung, gelten sie als strategisch wichtig. Die EU stuft Wolfram laut dem CRMA ausdrücklich als strategisch relevant für Luft- und Raumfahrt sowie die Verteidigung ein.

Seltene Erden sind nicht selten. Sie kommen in der Erdkruste teilweise häufiger vor als Kupfer oder Blei. „Selten“ sind sie nur insofern, als dass sie selten in hohen, wirtschaftlich abbaubaren Konzentrationen zu finden sind.

Kernziele und Vorgaben des CRMA bis 2030

10 % des Bedarfs sollen durch Abbau in der EU gesichert werden und 40 % durch Verarbeitung in der EU (Eigenversorgung). 25 % des Bedarfs an strategischen Rohstoffen sollen aus inländischem Recycling kommen.

Wolfram kann hervorragend recycelt werden und ist nahezu unbegrenzt wiederverwertbar. Es gehört zu den wertvollsten Recyclingmaterialien. Recyceltes Wolfram besitzt dieselben Eigenschaften wie primäres Material. In Raketen ist es nicht recycelbar, da mit jeder Rakete, die explodiert, Wolfram irreversibel verloren geht.

Maximal 65 % eines strategischen Rohstoffs dürfen aus einem einzigen Drittland importiert werden. Zudem wird die Förderung von Rohstoffprojekten in der EU durch beschleunigte Genehmigungsverfahren unterstützt. Der CRMA ist Teil der EU-Strategie zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Lieferketten.

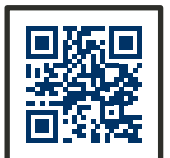
Warum Europa verwundbar ist

Binnen eines Jahres hat sich der Ammoniumparatungstat-Preis (APT), das globale Referenzprodukt für den Wolframhandel, mehr als versechsfacht. Dazu beigetragen hat der Iran- und Nahostkonflikt.

Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt in China. In 2025 steht China für ca. 79 % der globalen Produktion und dominiert somit den Markt. Mit der Einführung im Februar 2025 von neuen Exportkontrollen, ist das chinesische Exportvolumen um mehr als 40 % gefallen. Exporteure benötigen staatliche Genehmigungen, bevor sie ihre Waren aus China ausführen. Eine sinkende Erzqualität und strengere Förderquoten haben die chinesische Minenproduktion zuletzt gedrückt.

Den niedrigeren Exporten aus China steht eine steigende militärische Nachfrage, als auch aus der Industrie gegenüber. Für Deutschland ist das brisant, weil Wolfram in genau den Branchen gebraucht wird, die das industrielle Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden: im Maschinenbau, in der Metallverarbeitung und in der Fahrzeugfertigung.

Aus dem Nischenmetall Wolfram ist ein strategischer Engpassrohstoff geworden. Es zeigt auf, wie verwundbar Deutschland und Europa bei kritischen Rohstoffen sind - in der Industrie genauso wie im Rüstungssektor. | Autor: Christian Grosse



Corona-Rückforderungen destabilisieren Mittelstand

Wie Berlin Existenzen gefährdet – und warum Baden Württemberg jetzt zurückzahlt

Als die Corona-Soforthilfen 2020 ausgezahlt wurden, klang das politische Versprechen eindeutig: schnelle, unbürokratische Hilfe, nicht rückzahlbar. Sechs Jahre später zeigt sich, wie weit die Realität davon entfernt ist – und wie unterschiedlich die Bundesländer mit denselben Hilfen umgehen. Während Baden-Württemberg nach einem höchstrichterlichen Urteil die ersten Soforthilfen nicht mehr zurückfordert, und sogar bereits gezahlte Beträge erstatten will, treibt Berlin weiterhin Unternehmen in die Insolvenz.

Der Fall des 90 jährigen Theatermanns Dieter Hallervorden machte das Thema erstmals bundesweit sichtbar. Seine Firma „Halliwood“ sollte 2,2 Millionen Euro zurückzahlen – wegen angeblich fehlender Unterlagen. Hallervorden widersprach, reichte erneut Nachweise ein, und die IBB nahm die Forderung schließlich vollständig zurück. Ein prominenter Erfolg, der zeigt: Rückforderungen sind nicht gottgegeben, sondern Ermessensentscheidungen.

Doch während ein prominenter Theatermann Gehör findet, trifft die Härte der Berliner Verwaltung vor allem kleine Betriebe. Ein Autovermieter aus Neukölln erhielt 2020 eine Soforthilfe von 14.000 Euro. Zwei Jahre später folgte der Rückforderungsbescheid, Zinsen kamen hinzu, insgesamt über 18.000 Euro. Das Unternehmen wurde durch die IBB erfolgreich in die Insolvenz getrieben, gegen den Geschäftsführer wird wegen Insolvenzverschleppung ermittelt. Einem anderen Unternehmen wurde die Vollstreckungsankündigung erst mehr als 14 Tage nach Fristablauf zugestellt – juristisch hochproblematisch. Trotzdem ließ die IBB das Konto pfänden. Eine Ratenzahlung lehnt sie ab, weil der Vorgang „an das Finanzamt abgegeben“ worden sei. Das Finanzamt reagiert bis heute nicht. Für 5.000 Euro Restforderung steht nun die Insolvenz im Raum. Dabei zeigen interne Dokumente, die Newsmark vorliegen: Die IBB handelt nicht nur als Bank, sondern vor allem als verlängerter Arm der Verwaltung. Mit Schreiben vom 6. März 2023 beauftragte die Senatsverwaltung für Wirtschaft die Bank mit dem gesamten Forderungsmanagement. Am 10. August 2023 folgte die Vollmacht zur gerichtlichen Vertretung des Landes Berlin – ausdrücklich einschließlich der Einleitung von Insolvenzverfahren.

Politisch verantwortlich dafür ist aktuell Wirtschafts-senatorin Franziska Giffey (SPD). Sie ist die oberste Dienstherrin der IBB in diesem Verfahren – und damit auch die oberste Instanz über Insolvenzanträge gegen Berliner Unternehmen. Auf Nachfrage erklärt ihre Verwaltung, es gebe „keine politische Zielvorgabe“, Insolvenzen aktiv zu betreiben. Gleichzeitig hält sie das zentrale Beauftragungsschreiben für „geheim“. Transparenz sieht anders aus.

Die Zahlen zeigen das Ausmaß: 11.173 Verfahren liegen aktuell im Forderungsmanagement der IBB. Rund 14.000 Rückforderungsbescheide wurden seit 2022 verschickt. Wie viele Insolvenzanträge gestellt wurden? „Keine Auswertung vorhanden“, heißt es aus der Se-

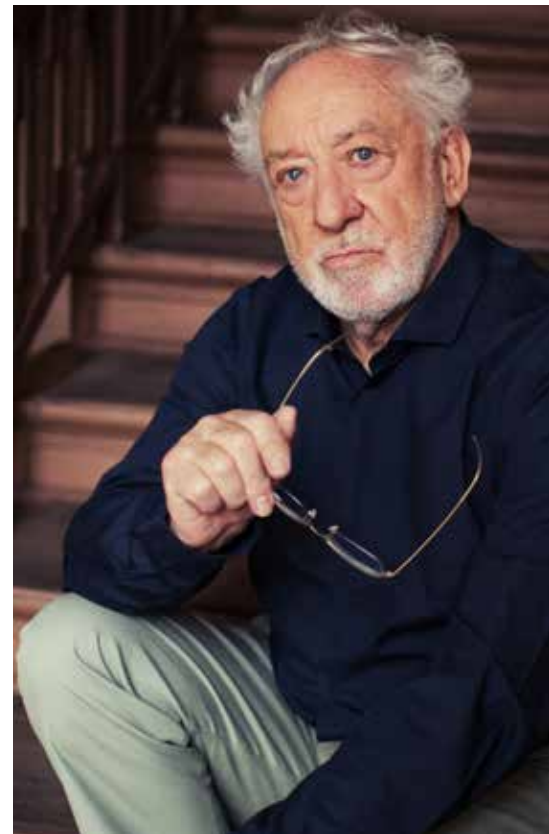
natsverwaltung.

Während Berlin also weiter vollstreckt, geht Baden Württemberg einen völlig anderen Weg. Der Verwaltungsgerichtshof entschied, dass die ersten Corona-Soforthilfen nicht rückforderbar waren. Der Landtag beschloss daraufhin, alle Rückforderungen für diese Phase zu stoppen und sogar bereits gezahlte Beträge zu erstatten. Ein digitales Portal soll im Herbst 2026 starten.

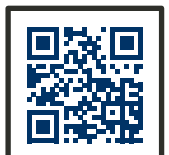
Damit entsteht ein föderaler Widerspruch, der kaum erklärbar ist: Warum darf ein Unternehmen in Stuttgart seine Soforthilfe behalten – während ein Berliner Betrieb wegen derselben Richtlinie in die Insolvenz getrieben wird?

Für die Berliner Wirtschaft, besonders für Kultur, Gastronomie und Solo-Selbstständige, ist diese Frage existenziell. Der Fall Hallervorden zeigt, dass Rückforderungen korrigierbar sind. Die Fälle kleiner Betriebe zeigen, dass sie oft nicht korrigiert werden.

Die Corona-Rückforderungen sind längst kein Verwaltungsakt mehr. Sie sind ein Risiko für die wirtschaftliche Vielfalt der Stadt – und ein politisches Problem, das Berlin nicht länger ignorieren kann. | Autor: Bastian Schmidt



Dieter Hallervorden (Foto: Hannes Caspar für Halliwood)



Freiheit stärken, Mittelstand fördern – für ein starkes Berlin!

**30 Jahre
Liberaler
Mittelstand
31.10.2026**



Für weniger Bürokratie, mehr Innovation und eine starke Wirtschaft. Mittelstand stärken, Berlin voranbringen – gemeinsam für eine bessere Zukunft. Jetzt Mitglied werden!

liberaler-mittelstand.com/berlin

 **liberaler mittelstand**
Berlin

Wolfgang Ischinger: Meister der Diplomatie

Seit 1963 findet jedes Jahr die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) statt. Gegründet wurde sie von Ewald-Heinrich von Kleist als „Internationale Wehrkunde-Begegnung“. Die ursprüngliche Idee war ein Treffen für deutsche Teilnehmer, um sich mit Kollegen aus den USA und anderen NATO-Staaten zu beraten. Nach dem Ende des Kalten Krieges öffnete sich die Konferenz für Teilnehmer aus mittel- und osteuropäischen Ländern sowie Russland. Heute gilt die MSC als das weltweit führende Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik.

Ewald-Heinrich von Kleist (1922–2013) war ein deutscher Offizier und Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Als junger Leutnant war er an den Plänen zur Ermordung Adolf Hitlers beteiligt und überlebte nach der Verhaftung die KZ-Haft. Zeitlebens war er für die transatlantische Partnerschaft und die NATO engagiert, aber auch als Verleger tätig.

Erfolgsrezept



Prof. Dr. h. c. Wolfgang Ischinger
(Foto: Chritian Grosse)

Von 2008 bis 2022 leitete Prof. Ischinger die MSC als Vorsitzender, seit 2022 ist er Präsident des Stiftungsrats. Er prägte die MSC maßgeblich und machte sie zu dem, was sie heute ist: das weltweit führende inoffizielle Forum für außen- und sicherheitspolitische Debatten zur internationalen Sicherheitspolitik und eine zentrale Plattform für Diplomatie, Politik, Militär, Wissenschaft und Wirtschaft.

Prof. Ischinger gilt als einer der profiliertesten deutschen Diplomaten und Sicherheitsexperten. Sein Erfolg basiert auf einer Kombination aus langjähriger diplomatischer Erfahrung, exzellenten Netzwerken und seiner prägenden Rolle bei der MSC. Die Hauptgründe

für seinen Erfolg ist seine beeindruckende diplomatische Laufbahn.

Ischinger war von 2001 bis 2006 deutscher Botschafter in den USA und von 2006 bis 2008 in Großbritannien. Diese Positionen verliehen ihm tiefgehende Einblicke in die transatlantischen Beziehungen. Vor seinen Botschafterposten war er Leiter des Planungsstabs und von 1998 bis 2001 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Er berät Unternehmen, Regierungen und internationale Organisationen. Als Senior Fellow an der Hertie School und Honorarprofessor an der Universität Tübingen verbindet er Theorie und Praxis. Er gilt als Vordenker, der in geopolitischen Krisen, wie z.B. dem Ukraine-Konflikt, frühzeitig Analysen und Lösungsansätze liefert.

Hinzu kommt, dass Ischinger als geschickter Vermittler angesehen wird, der in der Lage ist, kontroverse Positionen zwischen USA, Europa und anderen Akteuren zu moderieren.

Ischingers Erfolg ist das Ergebnis seiner Fähigkeit, diplomatische Erfahrung, akademisches Denken und die Leitung einer führenden internationalen Konferenz zu verbinden, um im geopolitischen Diskurs maßgebliche Impulse zu setzen.

In 2026 ist Wolfgang Ischinger erneut kurzfristig als Vorsitzender der MSC eingesprungen. Er leitete die 62. MSC in einer Zeit, die er selbst als „eine der krisenreichsten seit 16-17 Jahren bezeichnete“ („Under Destruction“). Er nutzte seine Rückkehr, um inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, darunter die erneute Einladung der AfD, was einen bewussten Kurswechsel zu seinem Vorgänger Heusgen darstellte.

An der diesjährigen MSC nahmen mehr als 40 Staats- und Regierungschefs, über 65 Außen- und mehr als 30 Verteidigungsminister, aber auch Führungskräfte von mehr als 40 internationalen Organisationen teil, ein Teilnehmerrekord.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Konferenz ein Ort für informelle Diplomatie ist, auf dem keine verbindlichen Beschlüsse gefasst, aber wichtige Impulse für die Weltpolitik gesetzt werden. |

Autor: Christian Grosse



Zwischen Epstein und Diddy - Musikkarrieren gegen Sex



Sängerin Ebru Keskin ist Diddys Sex-Falle entkommen (Pressebild)

Die Aussagen der Deutsch-Türkischen Sängerin Ebru Keskin in einem Video-Interview über ihre Erfahrungen in den USA werfen ein Schlaglicht auf die Machtstrukturen der Musikindustrie. Ihr beinahe erfolgreicher Einstieg bei P. Diddy – heute wegen zahlreicher Sexvorwürfen verurteilt – zeigt, wie eng wirtschaftliche Interessen und persönliche Karrieren verknüpft sind. Diddys Bad Boy Records war einst ein globaler Machtfaktor, Teil eines weit verzweigten Entertainment-Imperiums. Keskin die in Berlin beim Sender Kiss FM einen Talent-Wettbewerb gewonnen hatte, versuchte in Atlanta im amerikanischen Markt Fuß zu fassen. Beinahe wäre sie in die Falle Sex für Karriere geraten erzählt sie, sie wurde gewarnt, dass es nicht um Talent geht. Während früher Major Labels den Zugang zum Markt kontrollierten, bestimmen heute Streaming-Plattformen und Algorithmen über Sichtbarkeit und Erfolg.

Musik ist zum datengetriebenen, plattformübergreifenden Geschäftsmodell geworden. Keskin selbst hat inzwischen in Istanbul Fuß gefasst und knüpft wieder an internationale Auftritte an. Mehr auf Newsmark.de



Kurioser Moment bei Olympia: Ein deutscher Goldmedaillen-Gewinner erhielt kurz nach dem Sieg einen Anruf mit unterdrückter Nummer. Er drückte den Anrufer weg. Es war Bundeskanzler Merz.

In Dänemark ist es illegal, die Flagge eines fremden Landes zu verbrennen. Die dänische Flagge darf man aber verbrennen.

Psychologisch gesehen ist es egal, wie wütend man auf eine Person ist. Man vergibt wichtigen und geliebten Menschen am Ende immer.

46 € für den neuen Personalausweis: diese Gebühr finanziert 20 Schichten Polycarbonat und modernsten Schutz gegen Identitätsdiebstahl. Das Porträt wird per Lasergravur untrennbar eingegraben, um „Morphing“-Betrug physikalisch unmöglich zu machen.

Die größte Familie der Welt lebt in Indien: Ein Mann mit 39 Frauen und 94 Kindern.

Nach dem Heft, vor dem Web - auf NewsMark.de lesen

QR-Code scannen und Artikel im Internet lesen



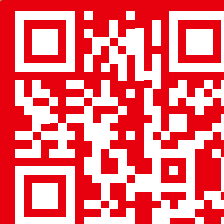
Die USA brauchen Grönland – Warum eine arktische Insel zum geopolitischen Schlüssel wird



Von einer lokalen Warenbörse zur Weltleitmesse
(Foto: Messe Berlin)



„Keine Regelungen ohne wirtschaftliche Folgenabschätzungen mehr“



Jetzt
spenden!

Schnell. Effizient. Herzlich.

Gemeinsame Nothilfe, die von Herzen kommt.
Dank Ihrer Solidarität!

Aktion-Deutschland-Hilft.de

Bündnis der Hilfsorganisationen



**Aktion
Deutschland Hilft**

25 Jahre

Zukunft auf Zack bringen.

Made by Wachsmuth Medien.
Made for Uns.



Die Medien, die Zukunft sichtbar machen –
aus der Hauptstadt für die Hauptstadt:
Wachsmuth Medien, offizieller Partner von Global Goals Berlin.
Jetzt unterstützen unter globalgoalsberlin.de

**Global Goals
Berlin**

NewsMark
Wirtschaft verstehen, Zukunft gestalten

**EXPO
2035
BERLIN**